

Schon verloren Selbst wenn Barack Obama gewinnt: Die Republikaner haben das Land fest im Griff

No, you can't

Wahl 2012 Die Demokraten haben in allen großen Fragen den Republikanern das Feld überlassen müssen. Da ist es fast schon egal, ob Barack Obama noch einmal Präsident wird

■ **Thomas Greven**

Wenn das aus Bill Clintons Wahlkampf bekannte Diktum „It's the economy, stupid!“ auch 2012 gilt, dann hat Barack Obama die Präsidentschaftswahl schon verloren. Denn in den USA liegt die Arbeitslosigkeit derzeit bei acht Prozent. Der Republikaner Mitt Romney kann die Wahl eigentlich nur noch selbst verlieren. Mit der Nominierung des konservativen Hardliners Paul Ryan zum Kandidaten für die Vizepräsidentschaft ist allerdings eine Richtungswahl wahrscheinlicher geworden. Die Abstimmung über die Wirtschaftslage und Obamas Leistung tritt dagegen in den Hintergrund. Sollte sich an der gleichgültigen oder gar ablebenden Wahrnehmung Romneys nichts ändern, trotz der Millionen von Dollar, die derzeit von seinen Wahlkämpfern dafür eingesetzt werden, sein Image zu verbessern, wird Obama die Wahl wohl knapp gewinnen. Was würde Obama mit einer zweiten Amtszeit anfangen?

Eines ist sicher: Es wird keine weitere Enttäuschungsfälle geben. Obamas Anhänger sind erüchtert, insbesondere diejenigen, die ihn für einen Linken oder gar einen Heilsbringer gehalten haben. Es hat sich gezeigt, dass die von Obama aufgebauten Grassroots-Organisation nicht als Hegemoniebau für den versprochenen gesellschaftlichen Wandel gedacht war, sondern für die Wiederwahl. Und trotz Friedensnobelpreis ist Obama eben Präsident einer Weltmacht, Drogenangriffe inklusive.

Der politische Gegner sieht in Obama gleichwohl unverdrossen einen Extremisten. Die Polarisierung der US-Gesellschaft hat sich durch Obamas historischen Wahlsieg 2008 noch verschärft. Nicht weil der Präsident es inhaltlich oder im Stil darauf angelegt hätte, sondern weil er verkörpert, womit die Republikaner seit den späten sechziger Jahren ihre Politik der Angst machen: Die Ansprüche von Minderheiten auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Teilhabe – und ihre wachsende Bedeutung im Land. Für 2050 wird prognostiziert, dass die Summe der Minderheiten die Zahl der weißen Amerikaner übersteigt. Der Aufruf der konservativen Tea-Party-Anhänger lautet schon jetzt: „Wir wollen unser Land zurück.“

Verdrängte Demokraten

Die Polarisierung des Landes beruht letztlich nicht auf starken programmatischen Kontrasten zwischen den Parteien. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer hegemonialen Spaltungsstrategie der Republikaner und der gleichzeitigen strategischen und programmatischen Schwäche der Demokraten. Während Letztere sich auf Wahlsiege und die Verteidigung von Resten des Wohlfahrtsstaats verlegten, bauten die Republikaner gezielt eine landesweite Infrastruktur von Stiftungen, Think Tanks und anderen Instituten auf, um die Hegemonie des verhassten New Deals zu überwinden. Geld floss und fließt reichlich von denen, die an niedrigen Steuern und geringer staatlicher Regulierung interessiert sind. Doch die nötigen Wählerstimmen konnten letztlich nur durch den Aufruf von Vorbehalten der weißen (Noch-)Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Ansprüchen von Minderheiten gewonnen werden, zunächst im Süden der USA, dann in den Vorstädten, nun überall.

Heute hat sich diese rechtspopulistische Strategie so selbstständig, dass die Republikaner von den Stimmen gerade der weißen Arbeiter- und unteren Mittelschichten (also denen ohne College-Abschluss und mit Jahreshaushaltseinkommen zwischen 30.000 und 100.000 Dollar), die von der Wirtschaft-, Sozial- und vor allem Steuerpolitik der Demokraten profitieren würden, abhängig sind. Die USA steuern damit auf ein ethnisch polarisiertes Zweiparteiensystem zu, wenn es den Demokraten nicht gelingt, die weißen Arbeiter- und

Obama müsste neue Debatten anstoßen. Aber es ist fraglich, ob ihm noch jemand zuhört

untere Mittelschichten jenseits der gewerkschaftlich organisierten Wähler wirtschafts- und sozialpolitisch stärker anzuspüren.

Die erste Amtszeit Barack Obamas zeigte ebenso eindrücklich die Hegemonie der Republikaner wie die strategische Schwäche der Demokraten. Trotz anfänglich klarer Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses, die jegliche Blockadeversuche der Republikaner im Senat hätten zunichtemachen können, fehlte den Demokraten ebenso die Geschlossenheit wie eine gemeinsame Agenda. Sie verfügten auch nicht über ein wirkliches Mandat der Wähler. Denn diese hatten unter dem Eindruck der Finanzkrise vor allem die Entscheidung der Republikaner über die gezielte Blockade in Washington fortsetzen. In einem System, welches institutionell darauf ausgerichtet ist, das Regieren zu erschweren, dazu noch im Kontext einer von Staats-skepsis geprägten politischen Kultur, kann die Kompromissunfähigkeit der gewählten Repräsentanten das Land schnell in eine Situation der Unregierbarkeit bringen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass auch in der Haushaltsdebatte 2013 wieder Präsident, Demokraten und kompromissbereite Republikaner – und mit ihnen das Land und seine Kreditwürdigkeit – von den der Tea Party unterstützten Volkstretreern sowie von den radikalen Feinden jeglicher Steuererhöhung in ideologische Geiselnhaft genommen werden.

Kleinteilige Reformen

Institutionelle Reformen helfen hier nicht. Es bedarf vielmehr einer grundsätzlichen Debatte über die gemeinsamen kulturellen Grundlagen und Werte der amerikanischen Demokratie. Ihr großes tragisches Thema, der Rassismus, darf dabei nicht ausgespart werden. Barack Obama hat die Chance bisher verpasst, diese Debatte zu führen. Vielmehr wird er, von der Last einer erneuten Wiederwahl befreit, diese Tür aufstoßen. Aber es bleibt abzuwarten, ob ihm überhaupt jemand zuhören würde.

Das Urteil des Supreme Court zur Gesundheitsreform hat den Präsidenten gestärkt, sein wichtigstes Projekt der ersten Amtszeit hat überlebt. Allerdings steckt der Teufel im Detail der Urteilsbegündung. Und es gibt durchaus weitere Blockademöglichkeiten in den einzelnen Bundesstaaten. Immerhin setzen auch einige Gouverneure der Republikaner die Reform pragmatisch um, wenn auch wohl nur, um nicht am Ende vom Bund vorgeschrieben zu bekommen, was sie zu tun haben. Die großen Sozialprogramme (und insgesamt der Bundeshaushalt) brauchen aber Einnahmerekformen. Diese sind derzeit aber nicht durchsetzbar. Obama blieben – wie Clinton in seiner zweiten Amtszeit – nur kleinteilige Reformen.

Obwohl Obama sich eine gewisse Freiheit von der Wall Street erarbeitet hat, hat er ihren Vertretern die Krisenlösung weitgehend überlassen. Dies wird sich nur unter gesellschaftlichem Druck ändern. Es muss aber bezweifelt werden, ob die Occupy-Bewegung dazu in der Lage ist. Sie wirkt zu richtungslos und hält sich Wahlkampf 2012 sehr stark zurück. Obama hat mit der Rettung der Autoindustrie gepunktet, und da das verarbeitende Gewerbe derzeit ein kleines Comeback erlebt (auch wegen steigender Transportkosten und Löhne in China), kann er hier möglicherweise gestiegene Armut werden weiterhin schwer zu fassen sein, weil sie genau an der Schnittstelle der polarisierten Parteipolitik liegen. Dazu gehören die kodierten Vorbehalte von Teilen der weißen Bevölkerung gegenüber den „anderen“ – und damit denjenigen, welche die Hilfe der Gesellschaft nicht verdient haben.

Obama wird kaum mehr tun können, als (endlich) eine breite gesellschaftliche Debatte zu eröffnen. Wirklicher Wandel kann nur durch Druck von unten erzwingen werden, aber die Gewerkschaften und andere Organisationen sind derzeit zu schwach, diesen zu erzeugen.

Thomas Greven ist Dozent am Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin

Mehr zu unseren aktuellen und vergangenen Wochenthemen finden Sie online auf freitag.de/wochenthema



Dem bösen Staat das Handwerk legen

Parteitag Die Republikaner stehen ohne Leidenschaft für ihren Spitzenkandidaten. Er ist ihnen nicht radikal genug

■ **Verena Schmitt-Roschmann**

Mitt Romney? „Das macht mich nicht glücklich“, sagt Jorge Landivar. „Aber immerhin werde ich auch nicht mehr jeden Tag zum Himmel schreien.“ Der 29-jährige Texaner sitzt in Jeans, rotem Poloemid und mit einem Cowboyhut auf dem Kopf im Block seiner Delegation links vom Podium des Tampa

Bay Times Forum und erklärt sehr ernsthaft und freundlich, warum der Präsidentschaftskandidat der Republikaner eigentlich zu liberal ist.

Landivars Mann ist Ron Paul, der liberale Außenseiter, der das Billionen-Dollar-Loch im US-Haushalt in nur zwei Jahren stoppen und dafür die halbe Regierung abschaffen will – der Abgeordnete aus Texas, den sie den Mentor der Tea Party Bewegung nennen. Ihm fühlt sich Landivar als Delegierter auf dem Parteitag der Republikaner verpflichtet, und es regt ihn auf, dass der Mann dort keine faire Chance bekommen hat. Aber sei's drum. Alles immer noch besser als das tägliche Grauen: „Obama ist schrecklich“, sagt Landivar mit Inbrunst. „Er ist einfach nur schrecklich.“

Angetrieben werden die Republikaner vom Verlangen, die verhassten Reformen zurückzudrehen

So also ist die Lage. Die Republikaner haben einen ungelungen und ungeliebten Kandidaten, dem die dreitägige, vom Sturm „Isaac“ durcheinandergewirbelte Krönungsmesse in Florida irgendwie Schub für das große Duell mit Präsident Barack Obama im November geben soll. Die Partei bemüht dafür ziemlich großzügig die Abteilung Pathos und stilisiert die Wahl zur „wichtigsten in der Geschichte der Nation“ – so sagt es die Parteivizechefin Sharon Day in ihrer Eröffnungsrede.

Die Demokraten werden nächste Woche dasselbe Spektakel für Obama inszenieren, um dessen enttäuschte Wähler noch einmal rumzukriegen. In Deutschland erreichte der Demokrat in einer Forsa-Umfrage zuletzt 86 Prozent Zustimmung. Zuhause kann Obama davon nur träumen. Nach der neuesten Erhebung von *Washington Post* und *ABC News* liegt Romney bei 47 Prozent der Stimmen, Obama bei 46.

Der Staat als Feind

Den gut 2.000 Delegierten der Republikaner begegnet ihr Kandidat in der blau-roten Parteitagssarena zunächst nur auf den riesigen Bildschirmen – mit der nicht gerade vielschichtigen Botschaft: „Ich bin Mitt Romney. Ich glaube an Amerika. Und ich will Präsident werden.“ Die Begeisterung ist nun ja: verhalten. Die Partei führt mit dem 65-jährigen Ex-Gouverneur von Massachusetts eine Vernunftfeie. Die Leidenschaft hebt sie sich auf für einen anderen: den Vizepräsidentschaftskandidaten Paul Ryan.

Als Romney den 42-jährigen Kongressabgeordneten aus Wisconsin Mitte August benannte, herrschte allseits großes Staunen. Der Haushaltsexperte hat sich mit seinem „Ryan Budget“ als Liebling der Tea Party profiliert, als strammer Staats- und Wahlfrüher-Verächter, der den US-Haushalt ebenso radikal zusammenstreichen will wie die Steuerlast von Unternehmen und dem Gutverdiener. Was passt so einer zu Romney, der bisher immer auf die Wechselwähler in der Mitte schielte?

Doch die Rechnung des Präsidentschaftskandidaten geht inzwischen anders: Was wirklich zählt, ist die Mobilisierung der

Der Autor wurde gefördert von der Otto-Brenner-Stiftung und Netzwerk Recherche

Kuchen am Stück

Unfairness Die fragmentierte Öffentlichkeit als Voraussetzung für den Erfolg der Tea Party. Über eine Begegnung mit dem alten Amerika

■ **Matthias Dell**

Ich bin Republikaner in vierter Generation“, ist einer der ersten Sätze, die James Baughman sagt, um fast seufzend anzufügen: „Es ist eine harte Zeit.“ Nicht nur wegen des Verweises auf die Familiengeschichte wirkt Baughman, Jahrgang 1952, wie ein Mann aus einer anderen Epoche. Man merkt ihm an, dass er Lust hat an der Auseinandersetzung, dazu aber Respekt für den politischen Gegner rechnet. Eine Tugend, die an das alte Amerika erinnert; in Filmen würden solche Figuren von Tommy Lee Jones gespielt.

Baughman ist Journalistikprofessor an der Universität von Wisconsin-Madison. Als Ort für eine Begegnung hat er ein Café vorgeschlagen, nicht sein Büro, was den Gegenstand, um den es gehen soll, schon bedeutet: der Zustand einer medial vermittelten Öffentlichkeit in den USA.

Diese Öffentlichkeit ist fragmentiert, was für den Erfolg der Tea Party als politische Drückerkolonne von der Straße eine Bedingung ist. Fragt man Tea-Party-Aktivisten nach ihren Rezeptionsgewohnheiten, ihrer nachrichtlichen Grundversorgung, hört man von populären Radiotalkern, selektiven Mailinglisten, obskuren Internetseiten und Murdoch Fernsehseher der Fox News.

Die magischen Kanäle

Dadurch wird eine Realität sichtbar, von der in theoretischen Modellen selten ausgegangen wird: Dass die Bürger das Ende einer Öffentlichkeit mit einigen wenigen, autoritären journalistischen Leitmedien eben nicht nutzen, um sich noch breiter und umfassender zu informieren, sondern sich einen Korridor errichten, in dem nur Platz hat, was die eigene Weltansicht bestärkt, auch wenn es mit der fakti-

schon Welt nichts zu tun hat. Diese Kanäle sind tatsächlich magisch.

Man sollte meinen, sagt Baughman, dass der Mensch nicht Lust hat, immer nur Kuchen zu essen, sondern auch einmal Obst oder Gemüse. Der Blick auf die eingeschränkte Medienwahrnehmung der Tea-Party-Aktivisten korrigiert die Annahme: „Es ist wohl so, dass viele Kuchen bevorzugen.“ Das Internet ist das Werkzeug, das die Fragmentierung nach eigenem Gusto sichtbar und praktikabel macht. Die Geschichte dazu ist aber älter.

Baughman verweist auf zwei Einschnitte in der jüngeren US-amerikanischen Mediengeschichte. 1987 schaffte die Federal Communications Commission (FCC), die Zulassungsbehörde für Radio und Fernsehen, die sogenannte Fairness-Doktrin ab. Bis dahin wurden Lizenzen an Sender nur vergeben, wenn sie ausgewogen berichteten, verschiedene politische Sichten auf einen Gegenstand reportierten. Der Kon-

gress versuchte, die Doktrin wieder einzuführen, aber Präsident Ronald Reagan legte sein Veto ein. Dabei befürchteten damals nicht wenige Konservative, so Baughman, dass der Wegfall der Regelung vor allem linke Talkradios hervorbringen würde. Das Gegenteil ist eingetreten, der Boden für Tea-Party-Moderatoren vom Schlage Rush Limbaughs wurde bereitet, und Baughman hat vorzuzug.“ Das Internet ist das Werkzeug, das die Fragmentierung nach eigenem Gusto sichtbar und praktikabel macht. Die Geschichte dazu ist aber älter.

Im globalen Ohio

Die zweite Neuerung war die Gründung des TV-Senders Fox News 1996 mit Roger Ailes an der Spitze, dem einstigen Medienerberater von Nixon, Reagan und Bush senior. Ailes' Modell war aus kommerzieller Sicht brillant, sagt Baughman, er führte als Unterscheidungsmerkmal zwischen Fernsehstationen Parteilichkeit ein. Ideo-

logie. „Ailes selbst würde das verneinen, aber er hat es getan.“

Das Resultat sind die verzerrten Rückkopplungseffekte zwischen Publikum und Sendern, die sich gegenseitig ihrer Ansichten versichern. Die seriöse *New York Times* gilt im Umkehrschluss den Tea-Party-Anhängern als Lügenblatt und kommt in deren Erzählungen nur vor, wenn sie die Popularität der eigenen Bewegung erwähnt. So landet man am Ende der Begegnung mit Baughman noch einmal im alten Amerika. In meiner Heimatstadt Cleveland in Ohio, erzählt er, gab es einen bekannten Baseballspieler, Bob Feller. „Feller war eine erzkonservative Marie-Antoinette, aber er las bis ins hohe Alter jeden Tag die *New York Times*.“ Und sei es nur, um sich darüber aufzuregen.